

**Beschluss aus der Sitzung**

des Gremiums: Rat  
am: Donnerstag, 19.09.2019  
Raum: Großer Sitzungssaal

**TOP 24. 138-2019/1**

**Unterstützung der Initiative Seebrücke - schafft sichere Häfen -;  
Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion vom 05.09.2019**

Frau Neuner-Krämer erläutert den Antrag ihrer Fraktion. Dieser Initiative hätten sich bereits viele Kommunen europaweit angeschlossen. Es gehe hier darum, Menschenleben zu retten.

Herr Oberstedt erklärt, der CDU-Fraktion sei es wichtig, dass Flüchtlinge aufgenommen werden würden. Er gehe in vielen Punkten mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen konform, aber dieser sei eher symbolischer Natur. Er stelle daher den Änderungsantrag, dass die Stadt Osterholz-Scharmbeck das staatlich-gesellschaftliche Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge „NesT“ unterstützte. Der Änderungsantrag ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Ciftci unterstützt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er habe sich sehr über den Antrag gefreut.

Herr K. Monsees erklärt, er unterstütze die Initiative nicht.

Herr Pallasch hält es für wichtig, dass man sich um Menschen in Not kümmere. Es sei nicht richtig, bei diesem Thema über die Ehrenamtskarte zu sprechen. Es sei wichtig, das Erfolgskonzept fortzusetzen. Er halte den Antrag der CDU-Fraktion für einen gesonderten Antrag und nicht für einen Änderungsantrag.

Herr Schauer erklärt, Menschen die in Seenot geraten seien, müssten gerettet werden. Der Antrag sei daher unterstützenswert. Jedoch müsse man auch an den Ursachen für die Flucht arbeiten.

Frau Neuner-Krämer erklärt, der Antrag der CDU-Fraktion sei kein Änderungsantrag, sondern ein ganz anderer Antrag. Bei ihrem Antrag ginge es darum, die Situation im Mittelmeer zu beenden.

Herr Oberstedt erklärt, der Rat der Stadt sei für örtliche Angelegenheiten zuständig. Durch den Antrag seiner Fraktion würden zusätzliche Flüchtlinge aufgenommen werden.

Herr RV Sass lässt über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen, der mit 6 Ja-Stimmen bei 25 Neinstimmen abgelehnt wird.

Danach lässt er über die gemeinsame Resolution aus der Vorlage abstimmen, die mit 24 Ja-Stimmen bei 7 Neinstimmen gefasst wird.